

Preuß-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 33

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Klaus-Dithmarsche, Nr. 5, 824.

Hamburg, den 17. August 1918

Anzeigen kosten die fünfgesparte Nonpareilzelle oder deren Raum 50 Pf. (der Betrag ist stets vorher einzufinden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zelle.

32. Jahrg.

An die Filialverwaltungen unseres Verbandes.

Werte Kollegen!

Immer weiter töbt der unselige Krieg, täglich neue Opfer an Menschen und wirtschaftlichen Werten zu den ungezählten vorbernd, die die leibende Menschheit in vier langen Jahren bereits bringen müsste. Und, täuschen wir uns nicht, vorerst ist noch kein Ende dieser schweren Zeit abzusehen. Ganz im Gegenteil: die Aussichten auf einen baldigen allgemeinen Frieden sind leider immer noch sehr ungünstig, an eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage ist noch nicht zu denken.

Diese bittere Wahrheit offen zuzugeben und danach unser Handeln einzurichten, ist wertvoller für die Gestaltung unserer Zukunft als die künstliche Dichtung der trügerischen Hoffnung, daß sich in kürzerer Zeit alles zu unserem Vorteil wenden müsse. Es ergibt sich aber auch aus dieser Erkenntnis die Notwendigkeit, nicht tatenlos zuzusehen, wie wir inmitten weltgeschichtlicher Ereignisse von ungeahnter Bedeutung und alle Verhältnisse unseres Daseins umwälzender Wirkung stehen.

Wir müssen selbst mit eingreifen, um nach Kräften abzuwehren, was in diesem allgemeinen Chaos gegen unsere Interessen geht, und neu auszubauen, was die Zukunft heißt.

Das ist ein großes, aber nicht unerfüllbares Vorhaben, sobald nur durch geschlossene treue Mitarbeit aller Kollegen diesem Ziele zugestreb't wird.

Wir haben durch die Tätigkeit für und innerhalb unserer Organisationen und unseres Verbandes im besondern während des Krieges gar nicht zu Unterschätzendes geleistet, um die schlimme Lage breiter Volkschichten und unserer Kollegen vielseitig zu verbessern.

Wir wirkten für Steuerungszulagen und die Aufrechterhaltung tariflicher Zustände im Malergewerbe und vieler Industriebetriebe, in denen unsere Kollegen jetzt arbeiten müssen.

Wir gewährten unseren Mitgliedern seit 1914 M. 1187870 für Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbe-, Maßregelungsunterstützung und an die Familien unserer Kriegsteilnehmer schon fünfmal besondere Beihilfen, über unsere statutarische Pflicht hinaus.

Wir setzten unsere organisatorischen Kräfte und die dazu erforderlichen Mittel ein, um Besserung und Erleichterung zu schaffen, wo der Kriegszustand die Gesundheit und das Leben unserer mit giftigen Ersatzmaterialien arbeitenden Kollegen gefährdet, suchten die Ernährungsschwierigkeiten — vielfach mit Erfolg — zu mildern, widmeten uns der Kriegbeschädigtenfürsorge, unterstützten alle Bestrebungen der parlamentarischen Vertretung unserer Gewerkschaften, die das Los unserer Kriegsteilnehmer und der Familien der im Kriege Verstorbenen mildern und die Idee eines Verständigung- und demnach eines möglichst baldigen Friedens fördern müssen, der ehrenvoll für alle Nationen und damit von langer Dauer sein müsse. Wir unterstützten alle Vorbereitungen für den weiteren Ausbau der Sozialreform und die demokratische Ausgestaltung unseres Staatswesens.

Diese Tätigkeit wurde ganz naturgemäß beeinflußt von der Lage der Verhältnisse des Malergewerbes und seiner Nebenbranchen. Hier hat der Krieg überaus schädlich eingewirkt: zahlreiche Existenz vernichtet und Tausende andere in fremde Gewerbe und Betriebe verdrängt. Da unser Gewerbe seiner notwendigsten Produktionsstoffe beraubt wurde und diese, soweit sie noch vorhanden, so maßlos verteuert worden sind, daß die Berufstätigkeit unterbunden werden mußte, trat gewissermaßen automatisch eine Stilllegung weiter Teile des Gewerbes ein. Das bedrohte zwar nicht den Bestand unseres Verbandes, wohl aber seine Entwicklungsfähigkeit, nachdem wir hofften, den durch den Krieg naturgemäß herbeigeführten tiefsten Stand erreicht und seine fernere Leistungsfähigkeit bei immer weiterem Rückgang der Einnahmen und andauernder Steigerung der Ausgaben gesichert zu haben.

So durchlebten wir sorgenvolle Zeiten, die zu überwinden wirklich schwerer gewesen sind, als viele unserer Mitglieder ahnten und jene jemals begreifen werden, die immer noch in sträflicher Verantwortungslosigkeit, unorganisiert herumlaufen, ein hemmleidenswertes Zeugnis liefernd von Eigennutz und Unverstand.

Heute können wir voller Genugtuung mitteilen, daß es mit unserm Verbande wieder vorwärts geht, trotz anhaltender ungünstiger Berufsverhältnisse und trotz aller ungünstigen Aussichten für einen baldigen Frieden.

Mit unsern Finanzverhältnissen steht es günstiger als bei Kriegsabbruch. Einem Gesamtvermögensbestand Anfang 1914 von M. 720 109 stand Anfang 1918 ein Bestand von M. 793 228 gegenüber, der durch die am 1. April eingetretene Beitragserhöhung vor etwaigem Rückgang noch besonders geschützt wird.

Aber auch mit der Mitgliederentwicklung geht es wieder vorwärts. Konnten wir 1917 den Stand von Ende 1916 erhalten, so ist im ersten Halbjahr 1918 ein Aufschwung eingetreten; nach beinahe vierjährigem Rückgang ein untrügliches Zeichen für die nunmehr begonnene Aufstiegsperiode. Daß an deren Aufrechterhaltung nicht mehr zu zweifeln ist, schließen wir unter andern auch aus der Tatsache, daß überall, wo unsere Kollegen von dem Gedanken ergriffen, daß sie wieder tatkräftig agitatorisch gearbeitet werden müssen, in letzter Zeit Mitglieder zu werben versuchen, Erfolge auch wirklich erreicht wurden: bei unorganisierten Kollegen sowohl wie bei Mitgliedern, die vom Militär entlassen, längere Zeit beurlaubt oder abkommandiert waren.

So muß nunmehr in allen Filialen vorgegangen werden.

Hat bisher unsere Werbetätigkeit unter dem Druck der leider viel zu lange sich erhaltenen Ansicht gelitten, daß während des Krieges, den man immer bald vorüber wähnte, doch keine Erfolge zu erzielen seien und unser Verband, wenn erst die Kriegsteilnehmer wieder zurücklehren, schon seine frühere Stärke in kürzester Zeit wieder erhalten würde — ohne besonderes Zutun gewissermaßen —, so bricht neuerdings mehr und mehr die Einsicht durch, daß ohne fortgesetzte Agitations- und Aufklärungsarbeit jetzt mehr noch als unter günstigen Verhältnissen das Fundament bedroht werden müsse, auf dem sichend unser Verband sich in absehbarer Zeit wieder zu seiner früheren Größe und Leistungsfähigkeit zu entwickeln vermöchte. Und das ist außerordentlich erfreulich. Denn erschien dieses unsern Kollegen etwa in Frage gestellt, so würden auch die jetzigen Kriegsteilnehmer später nicht mit der erforderlichen Zuversicht in unsere Reihen zurückkehren und die Anziehungskraft des Verbandes würde ihrer gewohnten Stärke ermangeln. Die Erfolgsmöglichkeiten auszubauen für unser weiteres Streben um angemessene, weit bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen als seither, für Fortschritte auf dem weit ausgedehnten Gebiete der Sozialpolitik und bei dem so notwendigen Bemühen, die Übergangs- und spätere Friedenswirtschaft so zu gestalten und auszubauen, daß die Arbeiterschaft und unsere Berufsgenossen unter erträglichen sozialen und wahrhaft menschenwürdigen Verhältnissen zu leben vermögen, ist jetzt unsere dringendste Aufgabe.

Das aber kann gerade gegenwärtig leichter als sonst geschehen. Insbesondere durch die Werbung von Mitgliedern für unsern Verband leisten wir unschätzbare Voraarbeit für dieses Ziel.

Darum nützt die kommenden Wochen! Agitiert mit aller Kraft für eine weitere Mitgliederzunahme!

Jedes Mitglied mache es sich zur Pflicht, alle ihm bekannten oder von der Filialverwaltung bezeichneten Unorganisierten oder vom Militär zurückgekommenen, organisiert gewesenen Berufsgenossen für unsern Verband und für dessen im Interesse aller Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder gelegenen Bestrebungen zu interessieren.

Auch den in Fabriken als Maler, Lackierer usw. oder in andern Gewerben arbeitenden Kollegen sowie unseren weiblichen Berufsgenossen muß größte Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die durch die Kriegslage erzeugten wirtschaftlichen und sozialen Zustände und die zu deren Milderung enthaltete Tätigkeit unseres Verbandes unterstützen jetzt dieses Bestreben so nachdrücklichst, daß ihm ein Erfolg nicht versagt bleiben kann. Erfüllen jetzt die Filialverwaltungen und unsere Mitglieder ihre Pflicht, so geht es unaufhaltsam vorwärts.

Der Verbandsvorstand.

Nur kein Fatalismus.

Wer volle Kriegsjahre liegen hinter uns. Eine harte Leidenszeit für die Menschheit. Welche Spuren die Kriegsjahre in die Stichen der schwer ums Dasein ringenden Arbeiterschaft gegeben haben, weiß nur der, der sich in ihrer Mitte befindet, ihre Mütte kennt und ihre Leiden mit erlebt. Wie oft bedarf es da von Seiten der führenden Männer in den Organisationen aufeinander, an die Pflicht gehmahnender Worte, um die Gleichgültigkeit zu bannen und dem Wohlmut vorzubeugen. Sehr zeitgemäße lebenswerten Wiederaufbauungen sind es daher, die unter obiger Ueberschrift Genosse Adolf Braun in der „Fränkischen Tagespost“ macht, indem er schreibt:

„Ein dumpfes Gefühl legt sich über die Menschheit, die selnen Ausweg sieht aus all dem Druck, aus all der Not, aus allen sichtbaren Kriegswirkungen, aus allen geahnten Kriegsfolgen. Doch wissen wir alle, daß nichts gefährlicher für die Menschheit ist, doch nichts verhangnisvoller für die Arbeiterschaft werden kann, als ein verzweifeltes Sichhingeben in das Schicksal, das man trägt, wie es einen auch treffen mag. Der Glaube an das unvermeidliche Schicksal oder, um es mit einem Fremdworte zu sagen, der Fatalismus könnte die schädlichste Wirkung des Krieges werden. Würden wir uns als einzelne Menschen wie als Mitglieder einer Klasse, wie als Angehörige des Volkes des eigenen Willens, der in uns sonst lebendigen Kräfte begeben, dann müßte man an der Zukunft der Menschen verzweifeln. Das solche Gefühle in zahlreichen Menschen wirken, ist jetzt nur zu oft zu beobachten. An sich ist diese fatalistische Stimmung ebenso sehr zu beklagen, wie sie bei vielen Menschen unter dem Druck des Krieges durchaus begreiflich ist.“

Gar zu viel Leid hat die Menschheit in den verfloßenen vier Jahren zu tragen gehabt. Hunderttausende Brüder beklagen den Tod des Geliebten, dem sie in ehrlichen Gemeinschaft vollkommen angehören wollten und den im fremden Boden irgendwo, man kennt meist nicht die Stelle, der Hassen steht. Millionen Männer aller Nationen bejammern tapfer, tagelang heißgeliebte Söhne, die sie in Schmerzen geboren, die sie mit Aufopferung erzogen, in die sie alle ihre Hoffnungen hineingelegt haben. Brüder, Mütter, Schwestern, Gattinnen tragen all das Weh dieses Krieges, sie weinen nicht auf den Toten, sie klagen nicht an auf dem Markt. Sie wissen, daß sie Millionen Mitleidende haben, deshalb verhüllen sie ihren Schmerz. Sie verborgen ihn aber nur vor andern Menschen, er ist ihnen heiligstes Vermächtnis, das sie ganz erfüllt. Fern von den Menschen, im stillen Kammerlein, geben sie sich wehmütiger Erinnerung hin; dort betrachten sie die sich nicht schliebenden tiefen Wunden, die der Krieg ihrem Leben geschlagen hat. Sie kennen keinen Rat, der sie heilt. Nicht einmal die Dauer der Zeit vermag den Schmerz zu lindern; denn immer neues Leid schafft der menschenverachtende Krieg. Die Männer lassen ihren Schmerz weniger merken; sie wissen, was der Krieg von ihnen verlangt. Ihre weichen Gefühle umpanzern sie mit scheinbarer Unempfindlichkeit. Doch wir wissen nur zu gut, was das Herz hinter diesem Harnisch empfindet. Wir tragen ja selbst dieses Leid und büßen uns, es gut Schen zu stellen. Auch die Väter tragen jedes andere Opfer lieber als ihre Söhne. Die Söhne sollten lieber alles andere leichter entbehren als ihre Väter. Man kann die Kosten des Krieges messen nach Hunderten Milliarden, ganz gewaltigen Maßstäben; aber wie klein erscheinen diese uns früher unmöglich erschienenen Zahlen gegenüber den Maßstäben, die notwendig wären, das Leid der Menschen zu messen, das dieser Krieg in über vierzehnhundert Tagen den Völkern dieser Erde bereitet hat. Es ist Unmeßbares, es ist Unfaßbares! Die Rechnung ist nicht abgeschlossen mit Gold und Zob, die Menschheit verlor in diesem Kriege nicht nur die brüderlichen Lebendäler, sondern auch viele starke Hoffnung auf Erneuerung der Menschheit. Wenn der Krieg die zwanzig bis fünfzigjährigen zum größten Teile hinderräte oder doch auf das schwerte durch Wunden und dauernde Krankheit schädigte, wenn die jüngeren und älteren Männeralter auch noch schwer an Zahl und Kraft verringert würden, so ist das ein Verlust, den die Menschheit nicht nur unseres Zeitalters, sondern noch nach mehreren Generationen empfinden wird. Leichter ist es, den Volkswohlstand zu erneuern, als die Menschenkraft wiederherzustellen. Frankreich und Deutschland haben längst in diesem Kriege mehr Menschen verloren, als 1870/71 von ihnen in den Feldzug gesandt wurden. Wieviel Hoffnung, wieviel Aussichten auf Lückigkeit der Menschen sind ins Grab gesunken! Jeder von uns kennt Fälle, wo größte Hoffnung für Wissenschaft, für Kunst, für soziale Befreiung unverderblich verloren gingen, nachdem herrliche Blüten und reisende Früchte Bestes und Größtes für die Menschheit vertrieben.

All dieses Leid wird weiter getragen und die Menschheit in allen Landen empfindet tagtäglich neuen Schmerz. Sie vermag doch nichts zu ändern, sie kann nicht dem Kriegswagen in die Speichen fallen und sein Verhörmungs Werk hemmen...

So ist es begreiflich, daß die Menschen gleichgültig werden gegen alle Not, gegen alles Unrecht, gegen allen Druck und alle Ausbeutung, die künftige Zeiten bringen könnten. So hören wir von Gott vielen: „Wo zu sollen wir der Gewerkschaft angehören, zur Partei steuern, das Arbeiterblatt lesen? Wir können doch nichts anderes an dem Schicksal. Was kommen mög, wird eben kommen! Was kommt wird, vermögen wir nicht aufzuhalten. Diese Meinung, nur allzu stark verbreitet, droht zu noch weit größerem Unheil zu reisen als all das, das wir nun schon zu ertragen haben! Sind doch die Aufgaben der Arbeiterschaft riesengroß! Wir müssen alles daran setzen, daß der Krieg sich nicht wiederhole. Solange menschliche Kraft und menschlicher Wille ausreichen, sollen die Wirkungen dieses Krieges einzigermaßen ausgeglichen werden. So müssen wir verlangen, daß alle gesundheitliche Fürsorge, aller Schutz gegen Überarbeit, gegen Berufskrankheit und Unfall der heranwachsenden Jugend, den aus dem Kriege Heimkehrenden, den Müttern zuteil werde. Wir müssen dafür sorgen, daß durch eine ausreichende Ernährung die im Kriege leicht geschwächte vorherliche Widerstandskraft wieder gestärkt wird, daß die Wohnungen für die heimkehrenden Krieger, aber auch für alle andern Kinderbemittelten in ausreichendem Maße hergestellt und zu erträglichen Preisen

Kollegen!

Läßt mit der Agitationsarbeit nicht nach!

Wir müssen

alle unsere Kräfte zur unermüdlichen Werbearbeit ausnutzen.

Unsere Werbekraft

liegt in der Erstärkung und Leistungsfähigkeit unseres Verbandes, wie sie auch während dieser schweren Kriegszeit zum Ausdruck kam.

Einfigkeit und Geschlossenheit

der Mitglieder hat unsere Organisation zu außerordentlichen Leistungen befähigt.

Hochhalten

müssen wir darum auch für die Zukunft unsern Verband, um allen Stürmen Trost zu bieten.

Sagt es den noch fernstehenden, daß es auch Ihre

Pflicht

set, sich unsern Kelchen anzuschließen. Nur so werden wir all den uns noch harrenden schwierigen Ausgaben mit Zuversicht entgegentreten können.

Alte Kollegen

Aufgabe muß es jetzt sein, eine rege Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder zu entfalten.

Ist es

auch in der jetzigen Zeit mit großen Schwierigkeiten verbunden, mit dem festen Willen zur Tat,

durch Treue und fleißige Mitarbeit

wird es uns gelingen,

unsere Organisation auss neue zu stärken?

Legt hand ans Werk, Kollegen und Kolleginnen allerorts, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Vorwärts sei unsere Lösung!

sur Verfügung gestellt werden. Wir müssen uns für die politischen Rechte der breiten Massen einzehlen. Wie die Steuern unter Schonung der Kleinen auf die Massen gelegt werden sollen, hat Graf Stoebern nur zu anschaulich gemacht. Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter beim Aufhören der Kriegsindustrie und bei der Schwerarbeitsförderung der Wiederherstellung der Friedenswirtschaft nicht geschädigt werden. Wir müssen darauf bedacht sein, daß das Selbstbewußtsein der Arbeiter, ihre geistige Frische, die Möglichkeit, ihre Interessen selbstständig zu vertreten, keine Hemmungen erfahren.

Deshalb dürfen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht im entnebenden Fatalismus hingeben, sie dürfen nicht bereit werden, ihr Schicksal so zu tragen, wie es andere gestalten möchten und wie es werden würde, wenn die Arbeiter die Hände in den Schoß legen und ihre Organisationen vernachlässigen und den Regierungen und den bürgerlichen Parteien allen Spielraum lassen würden, das Schicksal von Fleisch und Band, von Gemeinde und Arbeitsverhältnis ganz allein zu bestimmen.

Wir können dem Kriege mit unserer Macht kein Ende machen; aber alle Kraft soll jeder von uns unausgesetzt anwenden, um den Fatalismus, die Indolenz, die Gleichgültigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen mit aller Entschiedenheit und mit aller Behaftigkeit zu bekämpfen, ja auszurotten.“

Unsere Filialen

unter dem Kriegszustande.

Cassel. Am 21. Juli tagte trotz der schwierigen örtlichen Verhältnisse eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Kollege Preuß gab den Kassen- und Quartalsbericht vom zweiten Quartal und stellte fest, daß sich die Filiale seit Jahresanfang wieder in einer Aufstrebungsbewegung befindet. Ihr tieffester Stand der Mitgliederzahl war am Jahresende 1917 mit 99 und erhöhte sich auf 122 am Schlusse des Quartals. Auch die Kassenverhältnisse zeigten einen guten Fortschritt, konnte doch die Filiale, trotz der gestiegenen Ausgaben, noch einen Gewinn von M 168,79 buchen. Diese Fortschritte waren jedoch nur möglich durch eine vom Vorstande eingeleitete planmäßige Agitation, die auch weiter fortgesetzt werden soll. Erfreulich war auch die Beitragsleistung zu nennen. Nur wenige Restanten sind zu verzeichnen. Nach 13 Wochenbeiträgen berechnet, betrug die Mitgliederzahl 133, ein Beweis, mit welcher Opferwilligkeit die Kollegen den am 1. April um 20 % erhöhten Beitrag tragen, weil sie die Notwendigkeit der Erhöhung erkannt haben. Dieses beweist uns, daß die Filiale auf sicherer Grundlage beruht und einen festen Stamm von Kollegen zu verzeichnen hat, der in der Überzeugung kämpft, durch jedes Opfer die Organisation zu befestigen. Zum Militär sind bis jetzt 493 Kollegen einberufen; soviel bekannt, sind 46 davon gefallen. Etwa 50 waren im Quartal 14 Kollegen mit 259 Tagen und einer Unterstützung von M 233,25; Sterbegeld wurde in zwei Fällen mit M 170

geschah. Die am 15. März und 1. Juni zu fehlende Zeiterzungsauslage kam glatt zur Durchführung. Besonders hell und klar standen jedoch nicht nur die allgemeine Verantwortung, sondern die spezielle Steuerungsauslage, die eigentlich nicht ausreicht, der heutige Zeit wieder enough gewachsenen Lebensunterhaltungsfähigkeit zu geben. Da der Wagenfabrik von Gebe Kreide und ebenfalls eine Rundversorgung statt; die Biruna machte jedoch noch geringe Angaben und so mußte die Sache vor dem Reichstag entschieden werden. Auch hier ergaben die Kollegen einen Erfolg, wenn auch leider nicht den erwarteten. Dennoch schloß sich ein Bericht mit der Aufforderung an die Sache, auch schriftlich noch gang in den Dienst der Organisation zu treten, die noch unorganisierten aufzuführen und für den Verband zu gewinnen, aber auch auf die vom Militär entlassenen und verlassenen Kollegen ihr Augenmerk zu richten, damit sie sofort dem Verband wieder zugeführt würden. Den Hauptpunkt bildete ein Referat über: „Gewerkschaftliche Zukunftsauflagen“ des Kollegen Zimmermann, Frankfurt a. M. Nebner schilderte die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, in die der Krieg die Gewerkschaften gebracht habe, unter besonderer Berücksichtigung unseres Berufes; doch waren die größten Schwierigkeiten überwunden. Bereits im Jahre 1917 sei wieder ein Aufstieg der Gewerkschaften erfolgt; den Rückgang der Einnahmen haben viele Gewerkschaften durch Beitrags erhöhung ausgeglichen. Nebner zeigte an Zahlen, wie notwendig dieses auch bei uns gewesen ist. Durch die Entwicklung des Gewerbes sei es notwendig, die Unterstützungsseinrichtungen zu erweitern. Der Vorstand habe dazu schon Stellung genommen; doch müsse man die Sache an sich herankommen lassen, um die nötigen Unterlagen zu beschaffen. Die gestiegenen Löhne und die Steuerungsauslagen sind als große Erfolge der Gewerkschaften zu begreifen, jedoch noch nicht hinreichend, den heutigen Lebensverhältnissen gerecht zu werden; zu gegebener Zeit müsse man wieder einen Ausgleich schaffen. Hierbei schiede Nebner den Standpunkt der Unternehmer, die darauf hinausgehen, die Wöhne sofort nach dem Kriege herabzusetzen, was aber infolge der herrschenden Lebensmittel- und Leistungerverhältnisse nicht möglich sei. Auch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse besprach Nebner und hoffte, daß sich die Befreiung nicht auch auf die Gewerkschaften übertrage; dieselben müssen neutral bleiben. Der Gewerkschaftsgedanke sei fest verankert und werde sich während des Krieges durchsetzen, doch nach demselben würden groÙe Veränderungen Platz greifen, ein größerer Zusammenschluß werde erfolgen. Der Referent ging dann näher auf berufliche Fragen ein, die nach dem Kriege gelöst werden müßten, so die Ausbauung des Tarifwesens; den Arbeitskräften, die durch den Krieg sehr geschwächt seien, müsse wieder ein Nachwuchs erscheinen, der Nachlingsfrage sei daher größte Aufmerksamkeit zu schenken. Arbeit sei jetzt schon und nach dem Kriege reichlich vorhanden, doch hänge diese wieder mit der Beschaffung des Materials zusammen; letzteres sei wieder bedingt durch den Friedensschluß. Der Vortrag wurde mit großem Interesse entgegengenommen und Kollege Preuß schloß die Versammlung mit der Aufforderung, auch fernerhin mit allen Kräften die Stärkung der Organisation zu betreiben und die Geschlossenheit der Gewerkschaften zu erhalten.

K. P.

Oldenburg. Nach längerer Dauer fand am 8. August eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Was kann organisiert ich mich und was nicht mir die Organisation?“ In allgemein verständlicher Weise schiede Kollege Buch die Verhältnisse wie sie bestanden, bevor sich die Arbeiter organisiert hatten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse müssen ungerechtigend bleiben, weil sie nur in einseitiger Weise von den Unternehmern festgesetzt wurden. Da bei deren Festlegung die Arbeiter sich ein Mitbestimmungsrecht durch die Organisation sichern wollten, versuchte man von Unternehmern Seite das Aufkommen gewerkschaftlicher Organisationen zu verhindern. Wenn die Entwicklung unseres Verbandes auch nur langsam voranschreite, so vergesse man nicht, daß bei einem großen Teil der Kollegen die Furcht vor militärischer Schädigung größer war als die Überzeugung, daß mit der Organisation verbündet eine Macht geschaffen werden kann, die der Unternehmer zu besiegen hat. Heute könne niemand mehr solche Bedenken ins Feld führen; denn die Feststellungen des Tarifwesens, das wir im Jahre 1908 in Oldenburg noch einen Stundenlohn von 38 S. hatten und heute einschließlich der Zulagen einen Stundenlohn von 95 S. tarifmäßig festgelegt ist, beweise mehr als Worte den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Die Lohnverbesserungen wie auch die Arbeitszeitverkürzung müssen größtenteils durch harte Kämpfe durchgesetzt werden. Die Unternehmer fürchten uns nicht, und liefern es deshalb zum härtesten kommen. Nur dann, wenn alle Berufsangehörigen ständige Mitglieder der Organisation sind, werden wir für die Zukunft uns die nötige Achtung verschaffen, so daß wir damit rechnen dürfen, daß die erforderlichen Verbesserungen auf dem Verhandlungsweg durchgesetzt werden können. Um der Hand von Böhnen zeigte Kollege Buch, welche Gelder die Organisation ausgeben mußte, um die vorliegenden Verhältnisse zu erzielen und wie nebenher vom Verband große Summen für die einzelnen Unterstützungsseinrichtungen aufgewandt wurden. Der Redner schloß seine belebenden Ausführungen mit der Hoffnung, daß die Beteiligten die Organisation weiterhin aufrechterhalten, bis unsere Kollegen aus dem Kriege zurückgetreten sind, um dann wieder mit uns gemeinsam zu arbeiten für unser Ziel: Erzielung befriedigender Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nachdem der Vorsitzende dem Referenten den Dank der Versammlung ausgesprochen hatte, teilte er mit, daß am 1. August die gemeinsame Bewegung auf der Wagenbauanstalt ihren Abschluß gefunden hat. Für unsere Kollegen betrug der Stundenlohn 90 S., steigend bis M 1,30. Die Direktion habe zugesagt, tägliche Arbeitskräfte noch über diesen angebotenen Höchstlohn entlohnen zu wollen. Neben diesen Löhnen wird allen Arbeitern noch eine Zulage gewährt, die für Ledige M 3, für Verheiratete M 5 pro Woche beträgt. Weil unsere dort beschäftigten Kollegen sämtlich organisiert sind, durfte somit gerechnet werden, daß bald alle den Höchstlohn erhalten.

Aus Unternehmertümern.

Rampfversammlungen der Gewerkschaftsverbände. Der legendäre Reichsverband gibt Bekanntung der Sozialdemokratie hat, wie der "Vorwärts" mitteilt, am 11. Juli 1918 batte die Gewerkschaften vertraglich, in dem alle Gewerke der sozialdemokratischen Gewerkschaften bei Arbeit und Dienst zu geben, Geld, viel Geld für einen "Waffenschmied", Waffensammlung der Sozialdemokratie herzugeben. Das ist aber nur das Ausgangsgebot, in Wirklichkeit handelt es sich um die Waffensammlung der Arbeitbewegung, vor allen Dingen um die Verschärfung der Arbeitsbedingungen, die die Bevölkerung der Gewerkschaften, welches die Bevölkerung des Reichsverbandes des Zentralverbands der Industriellen schon offen ausgeschlossen haben. Das deutsche Wirtschaftsleben geht nach dem Frieden wieder Gründungen entgegen", heißt es unter anderem in dem Aufruf, "heftige Kämpfe müssen nach dem Kriege enden zu erwarten. Da gilt es Gewerken zu rüsten, um die drohenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe bestehen zu können." Unter dem Reichsverband stehen die einflussreichen agrarischen und industriellen Kriegsgewinner, die fast entschlossen sind, den im Kriege angehauften Reichtum bis zum auftreten zu verdoppeln und jedem selbständigen Vorwärtsstreben der deutschen Gewerkschaften mit allen Mitteln entgegenzutreten. Nicht der Weg der Verständigung über wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern der Weg des rücksichtslosen Kampfes der Starken und Mächtigen gegen die wirtschaftlichen Schwächen soll beschritten werden. Damit ist über das wirtschaftliche Leben Deutschlands nach dem Kriege helle Licht verbreitet. Und die schwerelichen Untergründen des Aufrufes, bekannte Schriftsteller, liefern dafür einen entsprechenden Beweis. Kein Zweifel also, denjenigen, die in den langen und schwierigen Kriegsjahren die unerhörtesten Opfer gebracht haben, soll jedes Empfehlung aus dem Kriegsgebiet unterbunden werden.

Angesichts dieser arbeiterfeindlichen Rüstungstreiber fragen wir die Arbeiter: Durfen wir uns schwächen durch Berßplitterung? müssen wir nun nicht erst recht zusammenhalten, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin dem Werkstatt eintreten? Es geht um unsere Freiheit, um unsere Zukunft. Alle, die heute ums Brot und Brot erwerbstätig sind, sind in ihrer Lebensweise bedeutend schlechter als vor dem Kriege gestellt. Die wirtschaftliche Belastung ist auf ein fast unerträgliches Maß gestiegen, und Not, Entbehrung und Verschuldung haben in bedeutsamer Weise überhand genommen. Zur Sicherung der Volkswirtschaft sind nach dem Kriege durchgreifende Maßnahmen nötig, da aber stellen sich die Feinde der Arbeiterbewegung schon seitig mit ihren Verhinderungsplänen in den Weg. Die Rampfversammlung ist erfolgt; Arbeiter, Angestellte und Beamte befinden sich im Abwehrkampf, darum ist jede Kräfteverspaltung zu verhindern. Will der Reichsverband den Angriff beginnen, so muss er uns wohlvorbereitet finden. Dem Ausbau unserer Organisationen ist darum jede kommende Stunde zu widmen, gewaltig muss die Gewerkschaftsbewegung verstärkt werden. Gedankt einzelnen auch unserer Berufskollegen muss jetzt überall, auf der Arbeitsstelle, in Versammlungen und sonstigen Zusammensetzungen eingebracht werden: Um eine eigene Sache geht es! Freiheit, Gesundheit, Familienglück, unsere ganze Zukunft steht auf dem Spiele. Wer kann es da noch verantworten, abseits der Organisation zu stehen?

Weibliche Malerlehrlinge. In der kürzlich stattgefundenen Versammlung der Leipziger Maler- und Lackiererinnung gab der Obermeister Herr Schumann bekannt, dass zurzeit drei Töchter von Meistern das Malerhandwerk lernten und auch im Winter die Fachschule besuchen würden. Die Einführung weiblicher Arbeitskräfte in das Gewerbe sei nicht von der Hand zu weisen. Weiter teilte er mit, dass der Wunsch des Rates der Stadt Leipzig sei, dass der Malerarbeitsnachweis dem öffentlichen angegliedert werde. Da der Arbeitsnachweis sowieso in einen paritätischen umgewandelt werden müsse, empfahl er den Anfall für den Fall, dass der Innung keine Kosten daraus entstehen würden. Zu den weiteren notwendigen Verhandlungen erzielte die Versammlung beim Innungsvorstand die Genehmigung. Von dem Rat der Stadt Leipzig ist die Erhöhung des Stundenlohnes für Gehtenarbeit auf 1.10, für Belebungarbeit auf 80.- angestanden worden.

Baugewerbliches.

Eine gegossene Stadt in Deutschland? Die Frage, wie der Wohnungsnot zu bewältigen sei, wird in weiten Kreisen erwogen. Auf welche Weise und aus welchen Baustoffen soll man die zahlreichen neuen Wohnhäuser errichten, die nach dem Kriege unbedingt nötig sind? Ein Münchner Baumeister macht den Vorschlag, in der Nähe des Münchner Waldfriedhofes eine "gegossene Stadt" zu schaffen. Er will Kleinhäuser herstellen, die einschließlich Dachstuhl in Eisenbeton gegossen und aneinander gereiht, Rücken an Rücken, stehen, so dass jedes Einzelhaus einen Vorgarten bekommen kann. Der "Prospektus" ist in der Lage, nähere Einzelheiten über diesen Plan mitzutragen. Danach sollen die Kleinhäuser eine Breite von 7 m, eine Tiefe von 6 m und eine Höhe zwischen 6 und 7 m haben. Bei voller Unterstättung erhalten sie neben den Wohnräumen Waschküche, Bad und Vorratskeller. Eine besondere Einsparung besteht darin, dass die Leitungen für Wasser, Gas und Licht in den Strohkörpern, sondern unter der Doppelreihe von Häusern in einem Kanal gelegt werden sollen, wodurch sämtliche Anschlussleitungen wegfallen. Der Vorschlag, gegossene Häuser, ja, ganze gegossene Städte herzustellen, hat etwas Bestechendes. Ganz neu ist er freilich nicht. Vor einer Reihe von Jahren hat der amerikanische Erfinder Edison Versuche mit gegossenen Häusern gemacht, die angeblich sehr befriedigend ausgefallen sind. Nähtere Einzelheiten — deren Ausgang sind freilich nicht bekanntgeworden, doch kann die Möglichkeit, kleine Wohn-

häuser zu gießen, wohl nicht bestreit werden. Auch seitdaran erinnert, dass Mitte der neunziger Jahre Baumeister Lillenthal in Groß-Görlitz eine Reihe von Häusern für die Baugenossenschaft "Freie Scholle" in Berlin in dem Vorort Waldmannslust und in der Kolonie "Eden" bei Oberschöneweide nach einem patentierten Verfahren errichtete, das sich durch seine Zweidichtigkeit und Billigkeit auszeichnete. Einige Steine der Außenwände wurden aus einer Betonmischnung gegossen und in Haken miteinander verbunden. Da den Hohlräumen der Steine kamen zur Aufnahme der Feuchtigkeit besonders geeignete Papierstreifen.

Gewerkschaftliches.

Stellungskonferenz des deutschen Holzarbeiterverbandes. Am 29. Juli hielt in Frankfurt a. M. der Deutsche Holzarbeiterverband eine Städtekonferenz ab, zu der über hundert Delegierte erschienen waren. Der Beratungspunkt war: Stellungnahme zu einer neuen Leistungszulage. Wie der Referent ausführte, habe die fordernde Leistung die Kollegen in vielen Orten veranlasst, mit Lohnforderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern im Herbst vorjähriges Jahres hat im Gegensatz zu den vorausgegangenen Abmachungen nicht beschlossen worden, dass bei andauernder Leistung die Arbeiter berechtigt sein sollen, innerhalb des Vertragsabreis zu fordern. Dadurch sei der Vorstand verhindert gewesen, eine zentrale Bewegung in Gang zu bringen. Als es dann in einer Reihe von Orten jagen zu Arbeitseinstellungen kam, sei der Vorstand an den Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes herangetreten. Dieser habe die Notwendigkeit einer weiteren Leistungszulage gründlich anerkannt, wolle aber in Verhandlungen erst eingreifen, nachdem er in seiner Generalversammlung am 8. August Stellung zu der Frage genommen habe. Der Referent befürchtet die Verhandlungen, die bei einer zentralen Bewegung erhoben werden müssen. Außer einer Erhöhung der Löhne und entsprechender Erhöhung der berufsspezifischen Mindestlöhne müsste ein Ausbau des Vertragsabreis durchgeführt werden. Mit den Verhandlungen über die Lohnforderungen müsste auch die Verlängerung des Tarifvertrages verhandelt werden. Als neue Leistungszulage wird verlangt: Für die männlichen Arbeiter 80.- und für die Arbeitnehmerinnen und Jugendlichen 20.- für die Stunde. Diese Forderung soll vom 1. August dieses Jahres an gewahrt werden. Die bestehenden Mindestlöhne sind um den Betrag der Leistungszulage zu erhöhen. Die Konferenz gab ferner ihre grundsätzliche Zustimmung dazu, dass die Mindestlöhne gruppiert werden dürfen nach männlichen und weiblichen Hoch- und Hilfsarbeitern. Als weitere Forderung für die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde festgestellt, dass eine Vereinbarung getroffen werden soll, monatlich bei weiterer Steigerung der Leistung neue Verhandlungen über die Leistungszulagen zu lässig sein sollen. Die aufgestellten Forderungen sollen nicht nur an den Arbeitgeber-Schuhverband, sondern an alle Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes und alle einzelnen Unternehmer gestellt werden. Ihre Durchführung wird mit einer Entscheidlichkeit angestrebt.

Nach Erledigung dieser Beratungspunktes nahm die Konferenz in schärfer Weise Stellung zu den Verhandlungen der Schriftsteller gegen die Beschlüsse der Reichstag-Kommission zum Arbeitskommunalgesetz. In gleicher Weise verurteilte sie die Bestrebungen des Verbandes Deutscher Arbeitnehmer, der neuordnungs wieder versucht, eine Bürokratisierung der Arbeitsvermittlung durch Reichsgesetz durchzusetzen.

Die Gewerkschaftskartelle im Jahre 1917. Das "Correspondenzblatt der Generalkommission" veröffentlicht in seiner Nr. 29 die Statistik der deutschen Gewerkschaftskartelle. Sie umfasst wieder ein volles Kriegsjahr, das dritte im Laufe dieses furchterlichen Kriegs. Die Gewerkschaftskartelle besonders haben unter dem Kriegsauslande stark zu leiden. Wie schwer sie betroffen wurden, lässt sich erkennen an dem starken Rückgang der Zahl der berichtenden Kartelle seit Kriegsbeginn. Im Jahre 1918 berichteten 771 Kartelle. An der Statistik des Jahres 1914 sind dagegen nur 578 Kartelle beteiligt. Die Beteiligungsziffer sinkt dann weiter im Jahre 1915 auf 524, im Jahre 1916 auf 469 und im Jahre 1917 auf 458 Kartelle. Es scheint, dass mit dieser niedrigsten Befestigung der tiefste Stand erreicht ist; denn seit dem Vorjahr ist der Rückgang der Zahl nur sehr gering. Eine erhebliche Aufwärtsbewegung dürfte allerdings zunächst nicht zu erwarten sein. Da nicht alle Kartelle Berichte eingereicht haben, so ist die Zahl der bestehenden Kartelle übrigens erheblich höher als die in der Statistik zum Ausdruck kommende.

Den 458 an der Statistik beteiligten Kartellen waren am Schluß des Jahres 1917 zusammen 5433 Gewerkschaften mit der Gesamtzahl von 1.053.402 Mitgliedern angeschlossen. Davon kommen 14 Zweigvereine mit 3802 Mitgliedern auf den Verband der süddeutschen Eisenbahner und 5419 Zweigvereine mit 1.033.800 Mitgliedern auf die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände. Das Vorjahr wies 887.492 Mitglieder auf; es ist also ein Mehr von 215.910 Mitgliedern zu verzeichnen, obwohl von der Statistik weniger Kartelle erfasst wurden und einige größere Orte fehlen. In dieser Vermehrung der Mitglieder kommt die im Jahre 1917 eingetretene Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften zum Ausdruck.

Die Art der Tätigkeit der Kartelle hat sich unter dem Kriegsausland stark geändert. Der öffentlichen agitatorischen Tätigkeit der Gewerkschaften sind so enge Grenzen gezogen, dass sie fast als aufgehoben angesehen werden kann. Die Förderung der Bildungsbestrebungen, zu deren Pflege besonders die Kartelle berufen sind, ist

unterbunden. Die werblichsten Einrichtungen der Kartelle sind die Arbeitsersekariate und Rechtsausschüsse. Der Wert der unentbehrlichen Rechtsberatung für das werktätige Volk ist während des Krieges unzweifelhaft noch gestiegen; es ist deshalb recht erfreulich, wenn die Gewerkschaften die größten Anstrengungen machen, diese Rechtsberatungseinrichtungen über die schwere Kriegszeit hinweg zu erhalten. Im Jahre 1917 unterhielten die Kartelle 111 Arbeitsersekariate, die gleiche Zahl wie im Vorjahr. 122 Kartelle haben Rechtsausschüsse. Die Zahl dieser Einrichtungen wird jedoch größer sein, da viele Kartelle nicht berichtet. Gewerkschaftsbureaus mit angestellten Beamten waren, wie im Vorjahr, in 21 Orten vorhanden. Von den 543 Kartellen haben 842 gemeinsame Bibliotheken und 82 Kartelle unterhalten Lesesäle mit meist 214 Orten. Bildungsausschüsse bestehen in 214, Jugendkommissionen in 214 Orten.

Die eingetretene Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung — so wird in den Schlussberichtungen des "Correspondenzblatt" benannt — kann wohl als ein Beweis dafür angesehen werden, dass die Gewerkschaft wieder mehr von dem Gefühl des gemeinsamen Handelns erfasst wird und im Zusammenhang mit den Massengenossen, in dem Eintritt in die Berufsorganisation die sicherste Wahrung ihrer Lebensinteressen erblickt.

Gewerkschaftlicher Erfolg. Der deutsche Transportarbeiterverband hat im Jahre 1917 für 109.878 Berufsangehörige Lohnzulagen nach dem Kriege erhöht. Der Beratungspunkt war: Stellungnahme zu einer neuen Leistungszulage. Wie der Referent ausführte, habe die fordernde Leistung die Kollegen in vielen Orten veranlasst, mit Lohnforderungen an die Arbeitgeber heranzutreten. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern im Herbst vorjähriges Jahres hat im Gegensatz zu den vorausgegangenen Abmachungen nicht beschlossen worden, dass bei andauernder Leistung die Arbeiter berechtigt sein sollen, innerhalb des Vertragsabreis neue Forderungen zu stellen. Dadurch sei der Vorstand verhindert gewesen, eine zentrale Bewegung in Gang zu bringen. Als es dann in einer Reihe von Orten jagen zu Arbeitseinstellungen kam, sei der Vorstand an den Vorstand des Arbeitgeber-Schuhverbandes herangetreten. Dieser habe die Notwendigkeit einer weiteren Leistungszulage grundlegend anerkannt, wolle aber in Verhandlungen erst eingreifen, nachdem er in seiner Generalversammlung am 8. August Stellung zu der Frage genommen habe. Der Referent befürchtet die Verhandlungen, die bei einer zentralen Bewegung erhoben werden müssen. Außer einer Erhöhung der Löhne und entsprechender Erhöhung der berufsspezifischen Mindestlöhne müsste ein Ausbau des Vertragsabreis durchgeführt werden. Mit den Verhandlungen über die Lohnforderungen müsste auch die Verlängerung des Tarifvertrages auf ein Jahr verhandelt werden. Als neue Leistungszulage wird verlangt: Für die männlichen Arbeiter 80.- und für die Arbeitnehmerinnen und Jugendlichen 20.- für die Stunde. Diese Forderung soll vom 1. August dieses Jahres an gewahrt werden. Die bestehenden Mindestlöhne sind um den Betrag der Leistungszulage zu erhöhen. Die Konferenz gab ferner ihre grundsätzliche Zustimmung dazu, dass die Mindestlöhne gruppiert werden dürfen nach männlichen und weiblichen Hoch- und Hilfsarbeitern. Als weitere Forderung für die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde festgestellt, dass eine Vereinbarung getroffen werden soll, monatlich bei weiterer Steigerung der Leistung neue Verhandlungen über die Leistungszulagen zu lassen. Die aufgestellten Forderungen sollen nicht nur an den Arbeitgeber-Schuhverband, sondern an alle Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes und alle einzelnen Unternehmer gestellt werden. Ihre Durchführung wird mit einer Entscheidlichkeit angestrebt.

Probeweise Verkürzung der Arbeitszeit. In den meisten Betrieben des Duisburger Industriebezirks hatten die Arbeiter die Einführung des Achtfundertstages beantragt, dann aber ihre Forderung auf eine sechsundfünfzigstündige Wochenarbeitszeit umgestellt. Auf die einzelne an den Bewegungen beteiligte Person entfällt eine durchschnittliche Erhöhung des wöchentlichen Einkommens von 8.10. Dieser günstige Erfolg zeigt unzweifelhaft die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch in der Kriegszeit und verdeutlicht augleichend, was die Arbeiter zu erreichen vermögen, wenn sie gewerkschaftlich organisiert sind.

Sozialpolitisches.

Gegen die Wohnungsnot. Das stellvertretende Generalkommando des 18. Infanterieregiments hat eine Verordnung erlassen, wonach für den Befehlsbereich dieses Regiments mit Ausnahme des Garnisonsbezirks Aachen sowie des Gouvernements Mainz Vermietung von Ein- bis Fünfzimmerswohnungen, die vermieteten Wohnungen nicht ohne Einverständnis des bisherigen Mieterstuhliges, nach Ablauf des bisherigen Mietvertrages an andere als die bisherigen Objekte vermietet oder sonst überlassen oder selbst in Benutzung nehmen dürfen, falls nicht der zuständige Landrat oder Magistrat oder eine von diesen bestimmte Dienststelle oder Kommission zugestimmt hat. Ohne Zustimmung des zuständigen Landrats oder Magistrats oder der von diesen bestimmten Dienststelle oder Kommission dürfen Mietnächte, die bisher als Wohnstätten gehalten haben zu anderen als Wohnstätten nicht vermietet oder sonst verhindert werden. Unbenutzte Wohnungen von ein bis fünf Zimmern oder Mietnächte, die allein oder im Verbundung mit anderen Mietnächten zur Benutzung als selbständige Wohnung von ein bis fünf Zimmern geeignet und unbewohnt sind, müssen dem zuständigen Landrat oder Magistrat auf Verlangen zu einem angemessenen Preise zur Verfügung gestellt werden.

Großzügiges städtisches Vorgehen gegen die Wohnungsnot. Angesichts der vielerorts schon vorhandenen oder drohenden Wohnungsnot ist es dringendes Bedürfnis, sich über die momentan möglichen zur Hilfe möglichen Wege klar zu werden. Vortrefflich geeignet hierzu ist die Denkschrift der Stadt Dortmund "über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot", die der Magistrat soeben der Stadtverordnetenversammlung zur Begründung zahlreicher Anträge vorgelegt hat. Der Leser wird darin reichlich aus der Praxis geschöpft. Auf den verschiedensten Wegen ist man in Dortmund bemüht, diesen Kampf zu führen. Einmal ist man nachdrücklich auf die möglichste Ausnutzung der bereits vorhandenen Gebäude bedacht; aber das Ergebnis wird voraussichtlich doch nur ziemlich schwach sein. Gudem hat man sich auch der Aufbarmachung der militärischen wie der industriellen Baracken zugewandt; aber hier ist das Ergebnis fast gleich Null. Auch die Schaffung von Kleinhäusern auf der Grundlage neuer vereinfachter Bauverfahren und Baustoffe (zum Beispiel Kieselsteine, -steine und Lehndrahtbau) hat die Stadtverwaltung Dortmund einer Prüfung unterzogen, und ein besonderes Preisurteil wird hierfür sowie die Errichtung von Probebauten sollten in

die Wege geleitet werden. Als Hauptabhilfsmittel hat sich auch in Dortmund vorderhand die Errichtung von massiven Wohnbauten ergeben, und hier kommt der Wohnungsfürsorge der Stadt die bevorstehende umfassende Bauaktivität der industriellen Werke sowie auch gemeinnütziger Körperschaften zu statten. Es ist indes wertvoll zu sehen, wie auch hier die Stadt auf die manngünstigste Weise fördernd und stützend eingreift oder eingreifen gedacht; durch die Errichtung einer besonderen großen gemeinnützigen Dortmunder Siedlungsgeellschaft, durch eine Sonder-Waupolizeiverordnung für Kleinhäuser, Beschaffung von Baumaterial, Gewährung von Zuschüssen und Bilanzschäften, eigene Bauaktivität, Übernahme von Straßentosten, Vertheilung von der Umlaufsteuer usw. Vielleicht wird man noch dieser oder jener Richtung noch einen Wunsch auf Ergründung oder Ausbau des Dortmunder Vorgehens haben können, aber im ganzen wird wohl kein Grund des Gemeinwohls diese Denkschrift aus der Hand legen, ohne ein starkes Gefühl der Verfeindung darüber, wieviel ein gut geleiteter Gemeinwesen doch auch gegenüber dem schweren Lebel der Wohnungsnut in der jetzigen sorgenvollen Zeit vermag.

Vom Ausland.

Schweiz. Der Maler- und Gipserverband hat auch im ersten Halbjahr 1918 weiter günstige Erfolge aufzuweisen. Neuauflnahmen sind 1281 gemacht worden. Tarifverträge und Vereinbarungen wurden 10 abgeschlossen, so dass jetzt 22 in Kraft sind. In Winterthur wurde die Arbeitszeit von zehn Stunden auf neunehalf Stunden herabgesetzt, in einer Reihe von Orten ist der freie Sonnabendnachmittag zur Einführung gelangt. Die vereinbarten Mindestlöhne der Maler bewegen sich zwischen 90 Fr. und Fr. 1,20, die der Gipser von Fr. 1 bis Fr. 1,40. Dazu kommen noch die verschiedenen Teuerungsanlagen. Möglicherweise werden weitere Verbesserungen zum Wohle der Mitglieder durchzuführen.

Die österreichischen Gewerkschaften 1917. Der soeben erschienene Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission über die Entwicklung der zentralen Gewerkschaftsverbände Österreichs lässt deutlich erkennen, dass die Stagnation der ersten Kriegszeit überwunden ist und auch die österreichische Arbeiterschaft sich wieder fester an die Gewerkschaft anschlägt. Die Zahl der Mitglieder, die Ende 1913 415 195 betrug, war in den darauffolgenden Kriegsjahren nacheinander auf 240 681, 177 113 und (1918) auf 166 937 gesunken. Das Berichtsjahr schließt mit 311 098 Mitgliedern ab, worunter 79 002 Frauen gegen 42 079 im Jahre 1913 sich befinden. Die Entwicklung der finanziellen Verhältnisse ist ebenfalls eine erfreuliche gewesen. Die Einnahmen sind von 4,08 Millionen Kronen im Jahre 1916 auf 5,03 Millionen Kronen im Vorjahr gestiegen. Allerdings sind auch die Ausgaben infolge der allgemeinen Preissteigerungen größer geworden, 5,20 Millionen Kronen gegen 4,46 Millionen Kronen im Vorjahr. Die Ausgaben für Unterstützungen haben absolut und relativ eine Verminderung erfahren. Nach Kronländern geordnet steht Wien mit 113 157 Organisierten an der Spitze; es folgt Niederösterreich (52 620), Böhmen (46 120), Steiermark (24 241) usw. Diese vier zusammen ergeben 75 v. H. aller Gewerkschaftsmitglieder. Der stärkste Verband ist der der Werkarbeiter; er hatte im berücksichtigten Jahre rund 77 000 Aufnahmen zu verzeichnen und kam damit auf 107 018 Mitglieder, wovon 81 881 weibliche. Diesem folgen die Eisenbahner mit 65 081, die Tegelarbeiter mit 80 889, die Bergarbeiter mit 14 678, die chemischen Arbeiter mit 13 318 Mitgliedern usw. Der Gesamtvermögensbestand hat sich im Jahre 1917 um rund 2 Millionen Kronen vermehrt und hat damit die Höhe von 16,62 Millionen Kronen erreicht. Von der in deutsch, tschechisch, polnisch, italienisch und slowenisch erscheinenden Fachpreise entfällt der weitauft größte Teil auf die deutsche Sprache; von einer Auflage von 337 790 Exemplaren sind es 281 600 Exemplare.

Verschiedenes.

Die Erhöhung der Postgebühren. Die vom Reichstag beschlossene, am 1. Oktober 1918 in Kraft tretende Reichsabschaffung zu den Post- und Telegraphengebühren bedeutet eine weitere drückende Belastung des privaten und geschäftlichen Verkehrs. Die neue Tarif erhöhung erstreckt sich zunächst auf Briefe im Orts- und Nachbarortsteher. Während bisher diese Briefe bis zu einem Gewicht von 250 g $7\frac{1}{2}$ Pf. kosteten, stellt sich in Zukunft das Porto für Briefe bis zu 20 g auf 10 Pf. und für Briefe über 20 bis 25 g auf 15 Pf. Auch das Porto für Postkarten im Fernverkehr erfährt eine Erhöhung, und zwar auf 10 Pf.; die Postkarte zu $7\frac{1}{2}$ Pf. bleibt also nur für den Orts- und Nachbarortsverkehr bestehen. Ferner haben die Gebühren für Pakete eine übermalige Erhöhung erfuhrn. Pakete bis zum Gewicht von 5 kg kosteten bisher in der ersten Zone (75 km) 30 Pf., sie kosten in Zukunft 40 Pf. Für weitere Entfernungen erhöht sich das Porto von 60 auf 75 Pf. Bei einem Gewicht über 5 kg steigt das Porto in der ersten Zone bei Sendungen bis zu 6 kg von 40 auf 60 Pf.; für alle weiteren Entfernungen erhöht sich in jeder Zone das bisherige Porto um 30 Pf., wobei für jedes Telegramm über 8 kg ein Zuschlag je nach der Zone von 10 bis 50 Pf. erhoben wird. Es kostet mithin beispielsweise ein Paket innerhalb der sechsten Zone (über 1125 km) im Gewicht von 7 kg M 2. Durch die Prudachse erfreuen diesmal eine Portoerhöhung. Sie kosten in Zukunft bis 50 g 5 Pf., über 50 bis 100 g $7\frac{1}{2}$ Pf., über 100 bis 250 g 15 Pf., über 250 bis 500 g 25 Pf., über 500 bis 1000 g 35 Pf. Geschäftspapiere tragen in Zukunft bis 250 g ein Porto von 15 Pf., über 250 bis 500 g 25 Pf., über 500 bis 1000 g 35 Pf. Bei Warenproben im Gewicht bis zu 100 g tritt keine Veränderung ein, dagegen erhöht sich für Sendungen über 100 bis 250 g das Porto auf 15 Pf., über 250 bis 500 g auf 25 Pf. Auch für Postkarten werden die Gebühren erhöht. Es kostet in Zukunft eine Postanweisung bis zu M 5 15 Pf., über M 5 bis 100 25 Pf., darüber hinaus erhöhen sich die bis-

herigen Sätze um je 10 Pf. Ebenso hat der Telegraf am verkehr erhöhte Abgaben zu tragen. Im Straßenverkehr kostet in Zukunft ein Telegramm bis zu fünf Worten 45 Pf., für jedes weitere Wort bis zu zehn Worten erhöht sich die Gebühr um 6 Pf., darüber hinaus um 8 Pf., unter Berücksichtigung des Gesamtbetrages auf den nächsten durch fünf teilbaren Betrag nach oben. Im Fernverkehr erhöht sich seit dem Jahre 1916 um 10 Pf. erhöhten Gebühren, abermals um 10 Pf. heraufgesetzt.

Es ist beachtigt, infolge der am 1. Oktober eintretenden Erhöhung einiger Posttarife voraussichtlich neue Briefmarken zu 80 und 75 Pf. zu verausgaben. Wie hierzu weiter mitgeteilt wird, werden von gleichen Tagen an voraussichtlich folgende Postwertzeichen aus dem Verkehr gezogen: die Briefmarken zu 8 Pf., weiter die zu 80, 50 und 60 Pf., außerdem werden eingezogen die Postanweisungen zu 10 und 20 Pf.

Fachtechnisches.

Zum Preisanschreiben über freie Grünbertechnik.

Bei der am 28./29. Juli stattgehabten Tagung des Preisgerichts zur Beurteilung der infolge des Preisanschreibens der Firma Paul Jaeger, Fabrik für Grünberungen (Stuttgart), eingegangenen Preisarbeiten wurden folgenden Bewerbern Preise zuerkannt: Den ersten Preis mit M 1000 in bar erhielt Richard Meiner, Lackiermeister der Königlich Württembergischen Eisenbahnwerft (Cannstatt); den zweiten Preis mit M 800 in bar erhielt Ludwig Steinässer, Lackiermeister der Waggonfabrik Gebrüder Hassell, G. m. b. H., (Platz-Mombach); den dritten Preis mit M 400 in bar erhielt Alfred Wolf, Lackiermeister der Hannoverschen Waggonfabrik A. G. (Vinden-Hannover); einen vierten Preis mit je M 200 in bar erhielten Max Scholz, Lackiermeister der Firma Franz Reißig, G. m. b. H., Propellerfabrik (Berlin), August Wahl, Malermeister (Mordtemmen-Hannover), W. Liebscher, Dekorationsmaler (Tiefeld), Robert Emil Berger, Maler und Architekt (Oppeln), Paul Heisel, Lackierer der Stuttgarter Straßenbahnen; einen fünften Preis mit je M 100 in bar erhielten Friedrich Schmidt, Lackiermeister der Stuttgarter Straßenbahnen, Hans Heim, Oberwerkführer der Königlich Bayerischen Eisenbahn-Werftstätten-Inspektion (Neuquding), Karl Rauch, Dekorationsmaler (Königsberg), G. Wehner (Cannstatt), Richard Hinkel, Lackiermeister der Waggonfabrik norm. Busch (Witten i. Sachsen), Ph. Schellhas, Lackiermeister der Hofnöpfefabrik Ludwig Alter (Darmstadt), Max Hant, Lackiermeister der Firma Karl Joch, Optische Fabrik (Vena a. d. Scale), Ernst Jungschläger, Dekorationsmaler und Fachlehrer (Wanne i. Westfalen), Fritz Fürst, Lackiermeister der Städtischen Straßenbahn (München), Max Koch, Lackiermeister der Sächsischen Waggonfabrik (Werdau); einen sechsten Preis mit je M 50 in bar erhielten Hubert Franken, Lackiermeister der Firma Hub. Scheuer, Wagen- und Automobilbau (Düren), Ferdinand Abend, Malermeister (Stuttgart), Jakob Hoffmann, Lackiermeister der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Otto Berger, Lackierer (Breslau), Johann Jakob, Oberwerkführer der Eisenbahnhauptwerkstätte II (Nürnberg), Josef Eder, Oberwerkführer der Werkstätteninspektion II (Regensburg), Georg Ohnek, Peter und Pollermeister der Waggonfabrik G. Juchs (Heidelberg), Heinrich Stenberg, Malermeister der Firma J. Schichau (Erling), Wilhelm Otto Richter, Lackiermeister der Nürnberg-Fürther Straßenbahn (Nürnberg), Richard Schlosser, Lackiermeister der Großen Berliner Straßenbahn, Fr. Steiner, Lackiermeister der Hauptwerkstatt der Straßenbahn Hannover, Brüder Lentus, Malermeister (Berlin), Alfred Funke, Malermeister (Mühlhausen i. Thüringen), Johann Reuter, Lackiermeister der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, C. Emmerich, Dekorationsmaler und Lackierer (Gifhorn-Knidwall), Möbellackierei von Franz Denius (Berlin, Fruchtstraße 54), Georg Lipke, Mol- und Leinwandverfertigung (Hannover, Neuerweg), Gustav Doten, Atelier und Werkstatt für moderne Malerarbeiten (Hamburg), Ludwig Andres, Werkstatt für dekorative Kunst (Immenstadt i. A.), Andreas Göttchen, Malermeister (Bethel b. Bielefeld).

Das Gesamtergebnis der Beurteilung wurde vom Preisgericht wie folgt zusammengefasst:

„Als Schlussgebnis der Beurteilung stellen die unterzeichneten Preisrichter an der Hand der zahlreichen, von Fachleuten aus allen Gauen Deutschlands vorgelegten Musterplatten folgende wertvolle technische Fortschritte fest:

Das „Deutsche Lackierverfahren“ erweist sich der bisherigen Delgrundtechnik und besonders dem amerikanischen Lackierverfahren gegenüber als weit überlegen in bezug auf Einfachheit der Ausführung, Schönheit der Arbeit und Haltbarkeit. Besonders wertvoll ist der Umstand, dass bisher nicht schleiffähige Lade durch das Überarbeiten mit Kronengrund schleiffähig und verwendbar gemacht werden. Die Haltbarkeit wurde an den mitvorliegenden mehrjährigen Lackierarbeiten festgestellt. Die Notwendigkeit englischer und amerikanischer Lade bei dem „Deutschen Lackierverfahren“ kommt überhaupt nicht mehr in Frage. Von großer Wichtigkeit, hauptsächlich für die Herstellung, erweist sich das Verfahren der Wiederauffrischung alter, insbesondere rissiger Anstriche, und es ist allen Berufsfollegen aufs Wärmste zu empfehlen, sich mit dieser Technik bekanntzumachen, da durch dieses Verfahren nicht nur Öl, Olfarben und Zeit gespart werden, sondern zugleich schöne und haltbare Arbeiten in sehr kurzer Zeit auszuführen sind.“

Die von mehreren Preisbewerbern eingesandten, mit Kriegsmaterial ausgeführten Anstriche und Schleifladungen zeigten zum Teil hervorragende Ergebnisse und be-

wiesen, welche Erfolge selbst mit den Kriegsfarben durch Anwendung der „Neuen Grünbertechnik“ erzielt werden können.

Endlich ist in bezug auf die einfachen Anstriche bestrebt, dass sie nach den übereinstimmenden Bestimmungen der Empfänger in der Regel in wenigen Stunden hergestellt werden. Hinsichtlich Einfachheit der Ausführung und Güte der Farbe wird wohl das Beste sein, was ausgeführt werden kann.

Alles in allem lassen die durch dieses Preisanschreiben erreichte fertigstellten Verbesserungen und Fortschritte auf dem Gebiet der Anstrich- und Lackierarbeit es hinsichtlich Wert ersehen, dass die „Neue Grünbertechnik“ immer weitere Verbreitung findet, damit der Gebrauch an ausländischem Betrieb und Boden möglichst wie möglich begrenzt werden kann. Das Jaeger'sche Verfahren darf in seiner heutigen Vollkommenheit getragen werden als ein Erfolg deutscher Gewerbeleistung anerkannt werden.

Das Preisgericht spricht schließlich auf Anregung des ihm angehörenden führen beruflichen Hochverbandes den Wunsch aus, dass die gesamten Musterarbeiten weiteren Kreisen der Handlung durch Ausstellungen zugänglich gemacht werden.

Stuttgart, den 24. Juli 1918.

Der erste Vorsitzende. (ges.) Hansen.

Der zweite Vorsitzende. (ges.) Ernst Buch.

Der Schriftführer. (ges.) Franz Budian.

Die Beiräte: (ges.) F. Wengel, (ges.) G. Seeling, (ges.) R. Schmidt, (ges.) Emil Krause, (ges.) Max Frieder.

Fachliteratur.

Von der Deutschen Malergesetzung. Die „Wand“ ist soeben das Heft 6, August 1918, erschienen. Es enthält: Tafel 17: Decke, entworfen von Emil Blod, im Stile; Tafel 18: Wand mit Deckenfries, entworfen von Cornelius Geßling in München; Tafel 19: Schrift in 14 Zeilen, entworfen von Albert Högl, im Stile; Tafel 20: Sünden und Gaben. Im beginnenden Teil dürfte unter anderem der mit vielen Abbildungen ausgestattete bemerkenswerte Artikel über praktische Beispiele von Karl Bobst das besondere Interesse unserer Kollegen in Anspruch nehmen. Wir können diese gut geleitete Fachzeitschrift für das Malergewerbe allen strebenden Berufsstofflegern nur bestens empfehlen. Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich M. 8. Verlag von D. W. Gallwey in München.

Literarisches.

Das soeben erschienene Monatsschrift der „Blode“ (Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H., Berlin SW 88) enthält: Der erste Sachenkalender, von August Winnig; Das neue deutsche Veteranenbolzen, von Rich. Schiller; Apotheke, von Bruno Brandt; Gedanken über Kolonialpolitik, von U. Munde; Glossen. Siebe Woche ein Heft zum Preise von 50 Pf.

Von der „Neuen Zeit“ ist Nr. 18 erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko, von Heinrich Gundolf. Der Staatsgedanke des Hobbes, von Ferdinand Lönies. Die erste Sammertagung im Baden ohne Großblod, von A. Weizmann. Die Aufgaben der Arbeiterauschüsse, von Friedrich Siebel. Literarische Stundschule. Einheit 80 Pf. vierteljährlich M. 8,90. Druck und Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. Stuttgart.

Le Traducteur. The Translator. Il Traduttore. drei Galmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Zeitschriften machen sich zur Aufgabe, das Studium der französischen, englischen, italienischen oder deutschen Sprache, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltsame Weise weiterzuführen. Pro Nummern lösenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Sterblist.

Dresden. Am 22. Juli starb unser langjähriges Mitglied Otto Frieder im Alter von 52 Jahren.
Stuttgart. Nach langer Krankheit starb am 30. Mai unser Mitglied Bernhard Hämmerle im Alter von 56 Jahren an Nierenleiden.

Chre Ihrem Andenken!

Vereinstell.
Bericht der Hauptklasse vom 5. bis 10. August.

Eingesandt haben: Fürstenwalde M. 8,84, Riel 800, Stuttgart 760.

Die Woche vom 18. bis 24. August ist die 34. Wettkampfwöche. G. Wenzler, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 31 des „Correspondenzblattes“ bei.

Kaufe jede Menge und alle Sorten
Lacke, Siccativ, Emaillelack, Glanzöle

nsw. nach Muster und Angabe des Quantum.

Schiff-Glasell-Aparat, schnell und sicher.
Preis 1,50. Versand innerh. 20 Tagen.
F. Rickmann, Hamburg 29. Helmstedt 2.